

# DER VERGESSENE

Daniel war 2002 im Einsatz in Kabul, als neben ihm eine Rakete explodierte. Das hat ihn traumatisiert. Ruiniert hat ihn der Behördenkrieg danach

# A

ls die ersten Verwundeten des noch jungen Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr im

März 2002 in Köln-Wahn landen, klettert Verteidigungsminister Rudolf Scharping in den MedEvac-Airbus und verspricht den fünf verletzten deutschen Soldaten an Bord schnelle und unbürokratische Hilfe. Leider ist es dann doch anders gekommen.

Daniel war damals einer der Verwundeten im Lazarett-Flugzeug und er hätte Hilfe gebrauchen können. Denn für ihn ging es von da an bergab. Man könnte Daniels Abstieg von einem gesunden Fallschirmjäger der Bundeswehr zu einem PTBS-erkrankten Arbeitslosen anhand seiner Anträge und Formulare erzählen. Wenn er die denn noch alle hätte. „Viele Papiere sind im Laufe der Zeit verloren gegangen“, sagt Daniel, „in einem Nebel aus Suff, Schwäche und Abgeschiedenheit.“

## EXPLOSION

Daniel möchte nicht schon wieder erzählen, was am 6. März 2002 in Afghanistan passiert ist – er hat es schon so vielen Gutachtern schildern müssen, und das Entsetzen bleibt jedes Mal tagelang bei ihm. „Deshalb bitte ich Sie, es nachzulesen“, sagt er. Daniel redet

langsam, präzise, hat großes Talent für Sprache. Er passt nicht in das Klischee des einfach gestrickten, muskelbepackten Fallschirmjägers: schwarze, längere Haare, schwarzgerandete Brille, ernster Blick aus dunklen Augen, eher Typ Philosophie-Student.

Also nachlesen: Im Sammelband „Generation Einsatz“ erzählt Daniels Freund und Kamerad Robert, was sie damals in Afghanistan erlebt haben: Sie kommen im Februar 2002 als Fallschirmjäger nach Kabul, als Teil des ersten ISAF-Kontingents der Bundeswehr. An einem Tag im März sollen außerhalb von Kabul in einer großen Grube zwei alte russische SA-3 Boden-Luft-Raketen gesprengt werden. Daniel und Robert – beide Teil eines Diensthundezuges – sind dabei, als eine der Raketen viel zu früh und unkontrolliert explodiert. Die Druckwelle zerreißt ihnen die Trommelfelle. Gehörlos tastet Robert nach seinem Kameraden Daniel und hält stattdessen den abgerissenen Arm eines anderen Soldaten in der Hand. Überall liegen Körper, einer mit offener Bauchdecke, aus dem die Gedärme quellen. Daniels Gesicht ist übersät mit Fleisch und Knochensplittern anderer Soldaten. Zwei deutsche und drei dänische Soldaten sterben. Daniel, Robert und drei weitere verwundete Fallschirmjäger werden am nächsten Tag nach Deutschland geflogen. Im Bundeswehrkrankenhaus in Koblenz schaben die

Ärzte eine hauchdünne Knorpelschicht aus der Ohrmuschel und pflanzen sie in Daniels zerrissene Trommelfelle. Nach Monaten kann er wieder hören. Das Ohrpfeifen, der Tinnitus, bleibt. Was eine Posttraumatische Belastungsstörung ist, weiß Daniel damals nicht.

## PAPIERKRIEG

In der ersten Zeit nach der Explosion feiert Daniel das Leben – überlebt zu haben, das ist ein berauschendes Gefühl. Aber so bleibt es nicht. Die Hochstimmung kippt um: Daniel denkt viel über den Tod nach, kann nicht mehr schlafen, dämmt nur zwei, drei Stunden pro Nacht. Er magert um zehn Kilo ab, die Beziehung zu seiner Freundin, mit der er dreizehn Jahre lang zusammen war, zerbricht, er fährt an den Wochenenden nicht mehr zu seiner Familie, bleibt in der Kaserne. Ersäuft. „Ich habe sofort nach Dienstschluss angefangen, Einzelstube, quasi bis zum Umfallen.“ Bier? „Nein, Wodka.“

Gemeinsam mit seinen vier verwundeten Kameraden füllt er den Antrag auf Wehrdienstbeschädigung (WDB) aus und schickt ihn ab. Lange hören sie nichts von der Wehrbereichsverwaltung, nach etwa einem halben Jahr nehmen sich vier von ihnen zusammen einen Anwalt. „Wenn wir angerufen haben, hieß es: Die zuständige Sachbearbeiterin ist krank, im Urlaub, irgendwie weg.“ Sie müssen ins dama-

NAME: Daniel

Soldat von 1998 bis 2006

LETZTER DIENSTGRAD:  
Stabsgefreiter

EINHEIT: Fallschirmjägerbataillon  
313

EINSÄTZE: 1999: 1. Kontingent  
KFOR, Prizren (Kosovo)

2002: 1. Kontingent ISAF, Kabul  
(Afghanistan)

VERWUNDUNG: Zerrissene Trommelfelle, Tinnitus, PTBS

MOMENTANER STATUS:  
Hartz-IV-Empfänger

lige Bundeswehr-Krankenhaus nach Bad Zwischenahn und werden begutachtet. Der Arzt dort sagt zum ersten Mal das Wort: „Posttraumatische Belastungsstörung“. Für Daniel hat das Wort keine fassbare Bedeutung. Eine Behandlung gibt es nicht.

Fast drei Jahre geht es weiter: Arztbesuche, Gutachten, Briefwechsel mit der Wehrbereichsverwaltung, Gespräche mit dem Anwalt. Das WDB-Gezerrte sickert ins Leben ein wie ein Gerichtsstreit mit einem Nachbarn oder ein Scheidungsverfahren – es vergiftet einen innerlich. Negative Reaktionen des Umfelds können die PTBS verstärken oder mit auslösen, sagen Traumatherapeuten. Am Ende erhält Daniel eine WDB von 40 Prozent wegen Tinnitus und PTBS.

## ABSTIEG

Als Daniels acht Jahre bei der Bundeswehr 2006 zu Ende gehen, legt seine Psyche seinen Körper langsam lahm, er hat Lähmungserscheinungen. Er geht noch einmal in ein Bundeswehrkrankenhaus, kommt in die neurologische Abteilung, dort sagen sie: Das hat psychische Ursachen, gehen Sie zu einem zivilen Psychologen, die Behandlung kann länger dauern. Und so wird er entlassen, mit einem PTBS-Befund in seiner G-Akte und einem gelähmten Körper.

Er will über den Berufsförderungsdienst sein Fachabitur machen, aber er schafft es nicht, jeden Tag in zur Bundeswehrfachschule zu gehen. So sitzt er in einer kleinen Wohnung am Rande von Hamburg, lebt von seinen Übergangsgebühren und dem Entlassungsgeld, das eigentlich für die Rente sein sollte. Er trinkt, dämmert, verliert das Gefühl für die Zeit und für das Leben jenseits seiner Wohnungstür.

Einen gesunden Menschen kann die Steuererklärung mit den Anlagen AV, KAP und U oder die Entscheidung für eine Hausratsversicherung mit Elementarschäden und Deckungserweite-

rung sehr nervös machen. Einen kranken Menschen erdrücken die Anträge: 2008 rafft Daniel sich wieder auf, will Teil der Gesellschaft sein und geht zum Arbeitsamt. Dort erfährt er, dass er kein Anrecht auf Arbeitslosengeld (ALG I) hat, weil die Übergangsgebühren von der Bundeswehr bereits als ALG I galten. Die private Krankenversicherung, auf die er während seiner Dienst-

„ Ich werde  
in der Ge-  
sellschaft  
nicht mehr Fuß  
fassen.“

zeit beim Bund, aber nach der Raketenexplosion, eine Anwartschaft abgeschlossen hat, schließt die Erkrankung aus seiner Wehrdienstbeschädigung aus. Und die monatlichen Gebühren einer privaten Versicherung wären für ihn so oder so viel zu teuer. Also sucht er sich selbst eine Arbeit, jobbt in der Spielhalle gegenüber seiner Wohnung, damit ihn die gesetzliche Krankenversicherung aufnimmt – mindestens ein Jahr lang muss er dafür angestellt sein. Ein Jahr lang schleppt er sich jeden Tag in die Spielhalle, am Ende wird es immer qualvoller. Aber er macht das Jahr voll. Dann ist sein Akku leer. Er geht nicht mehr arbeiten, liegt zu Hause oder schläft im Auto im Wald.

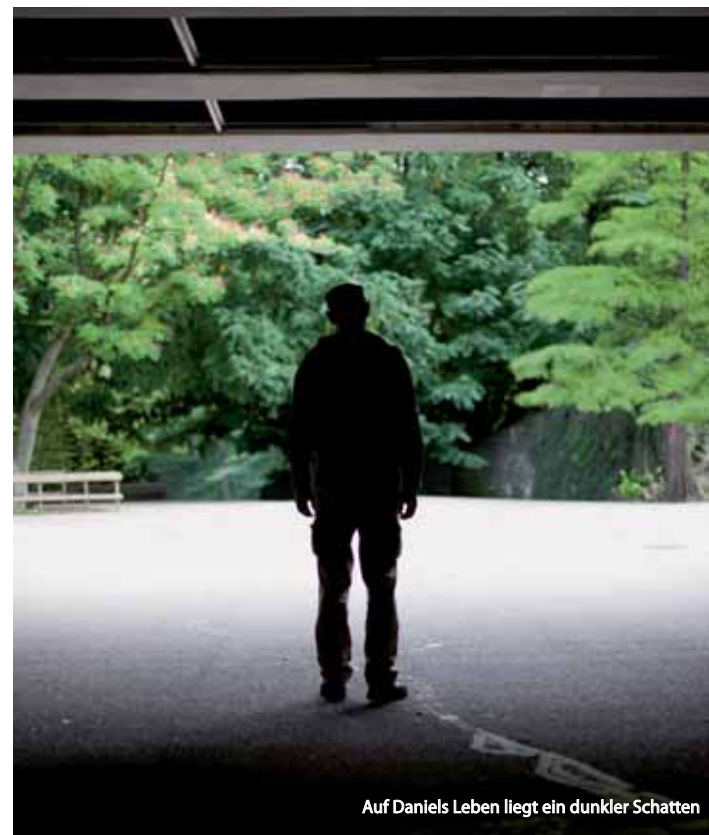
Das Landesamt für Soziale Dienste meldet sich bei ihm: Wenn er die Grundrente bekommen möchte, die aus seiner Wehrdienstbeschädigung von 40 Prozent resultiert, muss er alle zwei Jahre neu begutachtet werden. Also zwei Tage Arzttermin in Kiel, je dreieinhalb Stunden – wieder alles erzählen. Ergebnis: Eine Schädigung von 30 Prozent für Tinnitus und PTBS. Aber er erhält einen Schwerstbehindertenaus-

weis mit 50 Prozent Behinderung, weil noch 20 Prozent Depressionen dazukommen. Die haben aber angeblich mit der WDB nichts zu tun haben. Es gibt einen Grad der Schädigungsfolgen, GdS, und einen Grad der Behinderung, GdB. „Ich blicke da auch nicht durch, merkt man ja“, sagt Daniel. 123 Euro Grundrente bekommt er monatlich für seine Verwundung, die er für die Bundesrepublik Deutschland erlitten hat. 123 Euro.

Daniel gibt nicht auf. Er fährt zum Sozialdienst der Bundeswehr nach Itzehoe – da er am Rande von Hamburg und damit schon in Schleswig-Holstein wohnt, sind die für ihn zuständig. Er wolle doch sicher nicht immer den langen Weg hierher machen, sagt man ihm dort. Und händigt ihm eine seitenlange Liste mit zivilen Ansprechpartnern in Hamburg aus – die mit einem Soldaten aber nichts anzufangen wissen. Lediglich der Bund Deutscher Veteranen, eine private Selbsthilfeorganisation, die 2010 gegründet wurde, kümmert sich um ihn. 2010 – da ist Daniel bereits seit vier Jahren aus der Bundeswehr raus.

Daniel geht auch noch einmal zum Bundeswehrkrankenhaus, bettelt dort um Hilfe. Eine längere Behandlung kann ihm die psychiatrische Abteilung nicht anbieten, weil sie damals noch keine Zulassung für Kassenpatienten hat (heute ist das anders). Aber der Abteilungsleiter engagiert sich für Daniel und besorgt ihm einen Therapieplatz in einer zivilen Klinik. Jetzt beginnen vier Institutionen sich darüber zu streiten, wer bei den Kosten in Vorlage treten muss: Die Krankenkasse, das Landesamt für Soziale Dienste, die Bundeswehr, die Rentenkasse. Als die sich endlich geeinigt haben, ist der Therapieplatz verfallen.

Das Einsatzweitzerverwendungsgesetz, das der Bundestag 2008 verabschiedet hat, sieht vor, dass Soldaten mit einer WDB bei der Bundeswehr weiterbeschäftigt oder wieder ange-



Auf Daniels Leben liegt ein dunkler Schatten

stellt werden können. Daniel möchte das. Aber das Gesetz sagt: Die Wehrdienstbeschädigung muss nach dem 1. Dezember 2002 erfolgt sein. Die Explosion in Kabul war davor. Daniel klagt vor Gericht dagegen, investiert sein letztes Geld. Und verliert den Prozess.

Jetzt möchte er gerne eine Rehabilitation machen, das ist eine Ausbildung für Menschen, die nicht voll arbeitsfähig sind. Er möchte Feinmechaniker werden. Sein Antrag wurde schon zwei Mal abgelehnt, Begrün-

dung: er sei nicht arbeitsfähig. Sie würden ihn gerne berenteten, „wahrscheinlich, weil ich dann raus wäre aus der Arbeitslosenstatistik“, sagt Daniel. Aber in Rente mit 37 – das will er nicht.

Momentan lebt er von Hartz IV. Das ist das Leben von Daniel, Veteran, im Herbst 2011.

## ZU SPAT

In diesen Tagen, im Herbst 2011, beraten Verteidigungsausschuss, Bundesrat und Bundestag darüber, die Gesetze, die

die Einsatzversorgung der Soldaten regeln, zu verbessern. Unter anderem soll sich Folgendes verändern: Soldaten, die eine WDB von 30 Prozent aus einem Einsatz haben, sollen bei der Bundeswehr weiterbeschäftigt werden können – bislang waren es 50 Prozent. Das Gesetz soll künftig für alle Soldaten gelten, die nach 1992 in einem Einsatz verwundet wurden und nicht erst ab 1. Dezember 2002. Und schließlich wird diskutiert, dass die Bundeswehr zunächst davon ausgeht, dass die PTBS eines Soldaten aus dem Einsatz stammt – und nicht, dass der Soldat dies in jedem Fall von vornherein beweisen muss.

Daniels Leben wäre anders verlaufen, wenn es diese Regelungen schon gegeben hätte, als er zwischen Blut, Fleischfetzen und Toten neben einer Grube in Afghanistan saß. Die Geschichte von Daniel ist kein Einzelfall. Es gibt Traumatisierte aus dem Somalia-Einsatz 1993, aus dem Bosnien-Einsatz 1996, aus dem Kosovo-Einsatz 1999. Sie leben in Großstädten oder auf dem Land, irgendwo in Deutschland. Und die Probleme all dieser Menschen sind durch die Verbesserung der Einsatzversorgung nicht gelöst: Viele haben das Erlebte ganz tief in sich vergraben, niemand wird es je erfahren. Manche von ihnen bekommen schon Panik, wenn sie nur an die Bundeswehr denken, sie werden sich nicht wieder anstellen lassen. Und alle hat die lange Krankheit gezeichnet. Egal ob die Gründe dafür biologisch oder seelisch sind: die Krankheit bleibt. Wie will man diese Menschen finden, behandeln, ihr Leben retten? Es bräuchte eine echte gesellschaftliche Debatte über diese Vergessenen, es bräuchte ortsnahen, niedrigschwellige Angebote für sie. Und Forschung und Therapie speziell für diese „Langzeitfälle“.

Möchte Daniel denn bei der Bundeswehr wieder angestellt werden, wenn das Gesetz durch ist? „Für mich kommt das eigentlich zu spät“, sagt er. „Ich werde in der Gesellschaft nicht mehr Fuß fassen.“ Dorothea Siegle